

Stadtrat äussert sich zur Gender-Debatte

In Baden stehen auf politischer Ebene gleich mehrere Forderungen zur Gleichstellung im Raum. Das sagt Stadtmann Markus Schneider.

Sarah Kunz

In Baden geht derzeit eine politische Gender-Debatte über die Bühne. Für die Einwohner-ratssitzung vom 1. und 2. Juni muss sich das Parlament gleich mit zwei Vorstössen zum Thema Gleichberechtigung beschäftigen. Stadtmann Markus Schneider (CVP) stellte die Meinungen des Stadtrats an einer Medienkonferenz von gestern Donnerstag vor.

Mit dem Stadtmann kommt gleich das erste Thema auf den Tisch: Badener Grüne fordern eine genderechte Sprache für politische Ämter. Demnach soll der Begriff Stadtmann verschwinden und durch Stadtpräsident ersetzt werden – die Frau Stadtmann würde künftig Stadtpräsidentin heissen. Verschwinden soll auch der Einwohnerrat. Er soll durch «Stadtparlament» ersetzt werden. Dies mit der Begründung, dass es 50 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts höchste Zeit für neutrale Bezeichnungen sei. «Gendere-

rechte Texte stellen die Gleichstellung von Mann und Frau in der Sprache sicher und unterstützen somit Veränderungen zur tatsächlichen Gleichstellung in allen Lebensbereichen», heisst es im Postulat. Die Forderung wird von allen Parteien ausser der SVP unterstützt.

Stadtmann: «Der Begriff besitzt Qualität»

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie genderechte Bezeichnungen in kommunalen Ämtern umgesetzt werden können. Nun beantragt der Stadtrat dem Einwohnerrat, das Postulat zu überweisen. Als Begründung für diesen Entscheid nennt Schneider, dass der Vorstoss rechtens sei. Das heisst, es fällt in die Kompetenz des Stadtrats, das Postulat zu prüfen und entsprechend dem Entscheid des Einwohnerrats umzusetzen. Ob die Debatte tatsächlich weitergeführt wird, liegt jetzt in der Hand des Einwohnerrats.

Trotzdem lässt sich Schneider noch seine persönliche Meinung entlocken: «Für mich ist

der Begriff Stadtmann eine Auszeichnung, die historische Qualität besitzt», sagt er. «Im Kanton Aargau heisst man einfach so.» Ausserdem handle es sich bei Präsidentin oder Präsident um einen Begriff, den man auch in anderen Zusammenhängen sehr häufig lese – etwa Vereinspräsidentinnen oder -präsidenten von Organisationen. «Das Bedürfnis für eine vertiefte Überprüfung der Begriffe ist aber offensichtlich vorhanden», sagt Schneider. «Deshalb werden wir den Prüfungsantrag selbstverständlich umsetzen, sollte der Einwohnerrat das Postulat überweisen.»

Die Diskussion um den traditionsreichen Begriff wird übrigens immer wieder geführt. Die Stadt Aarau hat bereits 2013 nach einer Volksabstimmung die Bezeichnung Stadtmann durch Stadtpräsident ersetzt. Auch in Spreitenbach ist mittlerweile von Gemeindepräsidentin beziehungsweise vom Gemeindepräsidenten die Rede.

Im selben Postulat fordern die Grünen zudem, die Richtli-

nien zur sprachlichen Gleichstellung aus dem Jahr 2016 zu verbessern. Das Dokument sei mit lediglich zwei Seiten sehr kurz und werde nicht immer umgesetzt, argumentieren die Grünen. Schneider ist jedoch

«Diversität ist dem Stadtrat ein wichtiges Anliegen.»

Markus Schneider
Stadtmann Baden

der Meinung, dass die sprachliche Gleichstellung in der Stadt gut umgesetzt und das Dokument ohnehin fortwährend überprüft werde. «Gibt uns der Einwohnerrat aber den Auftrag, werden wir uns auch damit vertieft auseinandersetzen», verspricht der Stadtmann.

Mehr Diversität im Verwaltungsrat des Casinos

Ebenfalls in die Gender-Debatte fällt ein Vorstoss der Mitte-Fraktion. Einwohnerrätin Sarah Wiederkehr möchte vom Stadtrat wissen, welche Anstrengungen er als Mehrheitsaktionärin unternimmt, um die Diversität des Verwaltungsrats der Stadtcasino Baden AG zu erhöhen. Derzeit sitzt nämlich keine einzige Frau in den obersten Führungsorganen der Gruppe.

Der Stadtrat teilt die Erkenntnis, dass gemischte Führungsteams die Qualität der Unternehmensführung fördern und zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen: «Diversität ist deshalb sowohl dem Stadtrat als auch dem Verwaltungsrat ein

wichtiges Anliegen und wird wenn immer möglich und sinnvoll berücksichtigt», sagt Schneider. Dass derzeit keine Frau in den obersten Rängen sitze, liege daran, dass die Rekrutierung weiblicher Führungskräfte für die obersten Führungsebenen in dieser Branche generell schwierig sei.

«Unser Ziel ist es, auf die nächste Legislatur hin Gespräche bezüglich der Wiederkandidatur bisheriger Abgeordneter zu führen sowie mögliche Kandidatinnen anzusprechen, die Interesse haben könnten», sagt Schneider. Voraussetzung sei aber, dass sie die spezifischen Erfahrungen und fachlichen Kompetenzen vorweisen. Schneider verspricht: «Bei der nächsten Vakanz wird im Rahmen der statutarischen Möglichkeiten eine Frauenkandidatur bei vergleichbaren Qualifikationen bevorzugt.» Der Stadtrat ordnet gemäss den Statuten zwei Verwaltungsratsmitglieder direkt ab. Einer der Abgeordneten ist traditionellerweise der Stadtmann.

Neun Teams starten in nationalen Ligen

Bald fällt der Startschuss zur neuen Interclub-Saison – mit starken Teams aus der Region.

Am letzten Maiwochenende fällt der Startschuss zur neuen Interclub-Saison. In der Region Wettingen/Baden starten insgesamt neun Teams in einer der drei höchsten Spielklassen des Landes.

Die letzte Interclub-Saison fand wegen der Coronapandemie unter ganz besonderen Vorzeichen statt. Statt im Mai wurde im September gespielt und es gab weder Auf- noch Absteiger. Nun aber geht es wie gewohnt zur Sache – einfach drei Wochen später als ursprünglich geplant.

Vor zwei Jahren schrammten die Wettinger Senioren in der Altersklasse 55+ nur hauchdünn am Schweizer-Meister-Titel vorbei. Nachdem sie sich den Gruppensieg gesichert hatten, qualifizierten sie sich dank eines 4:2-Sieges über Chiasso fürs Endspiel im Kampf um den Meistertitel. Dort unterlagen sie Stade-Lausanne aufgrund des schlechteren Satzverhältnisses.

Zwei Neulinge in der Nationalliga B

In diesem Jahr nun nehmen die Wettinger einen neuen Anlauf. Wiederum starten sie in der höchsten Spielklasse und messen sich in der Vorrunde mit Belvoir ZH, Nyon und Sporting Derendingen. Man darf gespannt sein, wie sich die Wettinger Senioren in diesem Jahr schlagen werden. Die zuletzt stärksten Widersacher – die Teams aus Lausanne und Chiasso – sind beide nicht in der Gruppe der Wettinger gelandet.

Mit den NLC Männern in der Altersklasse 35+ stellt der TC Wettingen noch ein weiteres Team in einer der drei höchsten Spielklassen der Schweiz.

In der Region Wettingen/Baden gehen in diesem Jahr auch zwei Equipen in der Nationalliga B auf Punktejagd. Es sind dies die Senioren 55+ des TC Spreitenbach und die Seniorinnen 30+ des TC Esp Fislisbach. Beide Teams hatten den Aufstieg in der Saison 2019 knapp verpasst. Sie waren in der jeweils letzten Aufstiegsrunde gescheitert. Am «Grünen Tisch» sind jedoch beide Equipen doch noch aufgestiegen und dürfen nun in der zweithöchsten Spielklasse ran.

Fünf weitere Teams aus der Region Wettingen/Baden spielen in der kommenden Interclub-Saison in der Nationalliga C. Drei davon sind frisch in diese Spielklasse aufgestiegen. Es sind dies die Senioren 65+ des TC Unteres Aaretal Döttingen, die 2019 nach dem Gruppensieg beide Aufstiegsspiele souverän mit 5:1 gewinnen konnten. Ebenfalls neu in der Nationalliga C treten die Seniorinnen 30+ des TC Melligen an und die Senioren 55+ des TC Obersiggenthal. Komplettiert wird das NLC-Feld der Region mit den Senioren 55+ des TC Motor Columbus Baden und den Männern des TC Rohrdorferberg. Auch sie spielen in der Altersklasse 55+.

Fabio Baranzini

Fusionsgegner outen sich auf Website

Auch eine Nationalrätin und FDP-Mitglieder sind gegen den Zusammenschluss Baden-Turgi.



So sieht die Website der Zusammenschluss-Gegner aus.

Bild: Screenshot



Stefanie Heimgartner.



Adrian Gräub.



Serge Demuth.



Mark Füllemann.



Daniel Schneider.



Daniel Glanzmann.

Am 13. Juni stimmt Baden ab, ob mit Turgi ein Fusionsvertrag ausgearbeitet werden soll. «Damit sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger neben den Pro-Argumenten des Bademer Stadtrats, des Turgemer Gemeinderats und der Beratungsagentur JC Kleiner GmbH ein vollständiges Bild machen können, hat eine gemischte Gruppe aus politisch interessierten Bademerinnen die Website baden-turgi-nein.ch lanciert», heisst es

in einer Mitteilung. «Für uns ist klar, dass nach dem jetzt vorliegenden Zwischenbericht die Fusionsbestrebungen abgebrochen werden können.»

Bisher sind 13 Namen auf der Website aufgeführt, die Nein zur Fusion sagen. Viele gehören der SVP an: Parteipräsident Adrian Gräub, der ehemalige Parteipräsident Serge Demuth, Fraktionspräsident Daniel Glanzmann und die Einwohnerräte Tobias Vonesch, Christoph Perrin und

Mike Rinderknecht. Prominenteste Unterstützerin der Fusionsgegner ist die aktuelle SVP-Nationalrätin und ehemalige Einwohnerratspräsidentin Stefanie Heimgartner.

Von der FDP ist bekannt, dass die Mehrheit der Partei ein Ja zur Fusion empfiehlt. Nun werden Namen von FDP-Mitgliedern bekannt, die sich gegen einen Zusammenschluss aussprechen. Erstens der Einwohnerrat und ehemalige Finanz-

kommissionspräsident Mark Füllemann und zweitens Einwohnerrat Daniel Schneider. Die vier bisher weiteren offiziellen Gegner laut Website: Jürg Wittwer (Baubereiter), Michael Fischer (Geschäftsführer), René Biland sowie die Theaterfrau Stella Palino.

Vier Hauptargumente gegen Fusion

Auf der Website sind vier Hauptargumente gegen eine Fusion aufgeführt. Erstens: Turgi sei ein Sonderfall und nicht mit Dättwil oder Rütihof gleichzusetzen. «Denn Schülerinnen und Schüler werden weiterhin in Turgi, Gebenstorf und Untersiggenthal in die Schule gehen.» Zweitens ist von einem finanziellen Irrsinn die Rede: «Falls es zu einer Fusion kommen sollte, kommt Turgi in den Genuss von 21 Prozent Steuerfussenkung. Ein Irrsinn, zu glauben, die Rechnung würde selbst bei einer vorbildlichen Entwicklung von Turgi aufgehen.» Drittens: «Turgi und Baden besitzen fast keine gemeinsamen Nenner, und das wird sich nach einer Fusion auch nicht so schnell ändern. Baden sollte, falls die Stadt unbedingt wachsen will, zuerst die einzige logische Fusion, nämlich jene mit Ennetbaden, prüfen.» Und viertens: «Badener Normalbürger werden kaum von der neuen Grösse profitieren.» Der Badener Stadtrat habe bis heute noch keine konkreten Vorteile für die Normalbürger kommuniziert. Und der Stadtrat sehe die Fusion als Chance, die längst überfällige Verwaltungsreorganisation zu vertagen.

Pirmin Kramer